

o.73481 - RD/ap

Bern, 3. August 1976

NOTIZBeziehungen zur UNESCO

Seit der 18. Generalkonferenz der UNESCO im Herbst 1974 sind die Beziehungen unseres Landes zu dieser Organisation etwas belastet. Als Reaktion auf deren gegen Israel gerichteten Beschlüsse entschieden die beiden Räte im Rahmen der Finanzdebatte während der Wintersession 1974, den schweizerischen Beitrag an die UNESCO für 1975 (Fr. 1'830'000.--) um 10 % zu kürzen. Dies geschah gegen den ausdrücklichen Willen des Departementsvorstehers. Die Haltung des Departements im Fragenkomplex Israel - UNESCO wurde in der Antwort auf die Interpellation Gut in der Sommersession 1975 erschöpfend dargelegt (vgl. Beilage).

Trotzdem trug das Departement der Willensäußerung des Parlamentes bei der Zahlung des Mitgliederbeitrages Rechnung. Da eine eigenmächtige Beitragskürzung aber mit den Pflichten eines Mitglieds einer internationalen Organisation nicht vereinbar ist und einem sonst stets den Rechtsstandpunkt einnehmenden Kleinstaat schlecht ansteht, wurde in Aussicht genommen, die Frage der Beitragskürzung wieder vor die Räte zu bringen. Die im Voranschlag für 1976 eingesetzte Summe enthielt so den vollständigen Beitrag für 1976 sowie die nichtbezahlten 10 % für 1975.

Infolge eines Missgeschicks nahmen die Finanzkommissionen im November 1975 von diesem Budgetposten keine Notiz, und auch die Räte genehmigten diesen Posten in der Dezembersession 1975 ohne Kommentar. Daraufhin wurde die Zahlung des Betrags veranlasst.

./.

- 2 -

Als die Finanzkontrolle anfangs 1976 davon Kenntnis erhielt, blockierte sie die Ueberweisung der umstrittenen 10 % in der Auffassung, dieselbe stelle eine Missachtung des Willens des Parlaments dar. An der Sitzung der Finanzdelegation vom vergangenen Mai konnte die Angelegenheit geklärt werden. Es wurde beschlossen, die 10 % ^{entsprechendem Vermerk} ~~(samt Kommentar)~~ in den Vorenschlag für 1977 aufzunehmen und den Räten zur Genehmigung vorzulegen. Der Mitgliederbeitrag für 1976 ist inzwischen vollumfänglich bezahlt worden.

Im übrigen sind die Beziehungen unseres Landes zur UNESCO äusserst rege. Die Schweiz hat in den letzten 12 Monaten an zahlreichen Expertenkonferenzen der Organisation teilgenommen und derselben auch einen Beitrag von Fr. 100'000.-- an die Rettungsaktion für den Tempel von Borobudur (Indonesien) überwiesen. Ferner bewirbt sich die Schweiz an der kommenden 19. Generalkonferenz um einen Sitz im Exekutivrat. Kandidat ist der Ständige Vertreter der Schweiz bei der UNESCO, Minister Charles Hummel.

Sektion für
Kulturelle und UNESCO-Angelegenheiten

P. Stauffer

1 Beilage